

SPD-Gemeinderatsfraktion Edingen-Neckarhausen
Thomas Zachler, Fraktionsvorsitzender

16.02.2016

Finanzhaushalt; Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 17. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Michler,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

gleich zu Beginn herzlichen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung mit Ihnen, Herrn Bürgermeister an der Spitze, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung sowie allen, die sich in den Vereinen und Organisationen ehrenamtlich und engagiert einsetzen und zudem für die schönen und harmonischen Feierlichkeiten im Jahr der Gemeindejubiläen sorgten.

Sehr geehrte Zuhörer,

das Jahr 2015 liegt hinter uns, in dessen Jahresverlauf immer mehr die Frage der stetig steigenden Flüchtlingszahlen zum alles bestimmenden Thema geworden ist.

Und der Blick auf 2016 macht keine Hoffnung auf Entlastung. Der Flüchtlingsstrom hat gerade zum Jahresende noch ein weiteres Mal erheblich zugenommen. In den letzten drei Monaten in 2015 wurde in unserem Bundesland ein Zugang von 105.000 Menschen registriert. Bei einem anhaltenden Zustrom in dieser Größenordnung würde dies für 2016 nochmals einen erheblichen Anstieg der Flüchtlingszahlen bedeuten. Es bleibt abzuwarten, ob es auf europäischer und bundespolitischer Ebene gelingen wird, die angestrebte Reduzierung der Zugangszahlen zu erreichen.

Aus kommunaler Sicht ist dies dringend geboten. Denn hier endet die Aufgabe nicht damit, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu sichern. Vor Ort geht es um die Integration der bleibeberechtigten Menschen. Neben diesen durch die weltpolitische Entwicklung auf die gemeindliche Ebene getragenen Herausforderungen, gilt es aber auch die übrigen, für die kommunale Weiterentwicklung maßgeblichen Zukunftsthemen im Blick zu behalten.

Denn trotz der Flüchtlingskrise, die ein hohes Maß unserer Kräfte fordern wir, muss es gelingen, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir befinden uns inmitten einer digitalen Revolution und zugleich durchleben wir einen rasanten gesellschaftlichen Wandel. Beides führt dazu, dass sich die Lebenswelt der Menschen grundlegend verändern wird – auch bei uns.

Es ist daher die kommunale Herausforderung schlechthin, dafür schon heute die richtigen Weichen zu stellen. Denn nur wenn es uns gelingt, das Steuer auch auf dem Weg in unseren kommunalen Händen zu halten, werden wir auch auf Dauer erfolgreich sein können.

Im Folgenden werden wir die Bilanz und die Perspektiven der drei aktuell bedeutendsten Themen aus unserer Sicht vorstellen:

Flüchtlinge

Schnellere Asylverfahren eingeleitet

Die Flüchtlingszahlen sind auf einem in der BRD nie da gewesenen Niveau angelangt. Die Politik hat im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes darauf reagiert. Allerdings ist die Zielrichtung dieses Beschleunigungsgesetzes letztlich nur darauf ausgerichtet, die Asylverfahren der ankommenden Flüchtlinge schneller einer Entscheidung zuzuführen.

Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Denn nur ein stringentes und schnelles Asylverfahren eröffnet auch die Möglichkeit, die notwendigen Schritte danach konsequent und zeitnah voranzubringen. Klar muss sein, dass diejenigen Asylbewerber, deren Antrag als unbegründet abgelehnt wird, direkt aus den Erstaufnahmeeinrichtungen wieder in ihre Herkunftsländer rückgeführt werden.

Eine Verfahrensbeschleunigung in diesem Sinne bedeutet aber auch, dass diejenigen Asylbewerber, die eine Anerkennung finden, auf der geltenden Rechtslage unmittelbar in die Anschlussunterbringung und damit in die Zuständigkeit der Kommunen übergeleitet werden. Das heißt, auch in unsere Gemeinde kommt eine große Anzahl an Menschen, die zumindest für Jahre, viele vermutlich aber auch länger, bei uns bleiben werden. Darauf gilt es sich vorzubereiten.

Integration vor Ort gelingt nur durch Fördern und Fordern

Hier gilt es ein strukturiertes und geordnetes Integrationskonzept zu erarbeiten, dessen Ansatz sein muss, den Prozess vom gewünschten Ende her zu denken. Ziel muss es dabei sein, die anerkannten Asylbewerber und ggf. die nachgezogenen Angehörigen möglichst bald in die Lage zu versetzen, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und einen eigenen Beitrag zum Wohle unserer Gesellschaft zu leisten. Allerdings wird dies auch bei optimalem Verlauf in den meisten Fällen erst nach einigen Jahren gelingen können.

Neben der Frage der Unterbringung müssen dabei auch frühzeitig weitere Integrationsschritte bedacht werden. Hier muss es jedoch unzweifelhaft auch für die Asylberechtigten selbst eine Forderung hin zur Integration geben.

Der Spracherwerb, die Orientierung innerhalb unseres Rechts- und Wertesystems und die Vorbereitung auf eine berufliche Integration setzen maßgeblich die Mitwirkung der Asylberechtigten voraus. Nur durch das Prinzip Fördern und Fordern wird es uns gelingen, diese große Zahl an Menschen verträglich in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Immenser Bedarf an neuem und zusätzlichem Wohnraum

Angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen und aufgrund des in Baden-Württemberg und dem Rhein-Neckar-Kreis gleichzeitig stattfindenden Bevölkerungswachstums (plus 2,7 Prozent bis 2020) sowie des steigenden Zuzugs außerhalb des Asylrechts (ca. 85.000 Menschen jährlich) wird es zu einem immensen Bedarf an neuem und zusätzlichem Wohnungsbau, vor allem im sozialen Segment kommen. Allein diese Zahlen machen es deutlich: In der Kürze der Zeit ist ein ausreichendes Wohnungsbauprogramm in unserer Gemeinde nicht realisierbar. Es ist jedoch auch nicht angezeigt, nun in einem ad hoc-Verfahren einen isolierten Wohnungsbau für die anerkannten Asylbewerber und Flüchtlinge zu betreiben. Denn es ist weder absehbar, ob diese Menschen tatsächlich auch an dem Ort ihrer Anschlussunterbringung sesshaft werden oder sie aufgrund einer beruflichen Perspektive bzw. sonstiger Gründe an anderer Stelle ihren dauerhaften Wohnsitz nehmen wollen.

Zugleich ist es auch aus sozialen Gesichtspunkten geboten, zunächst einmal den bisher nicht erfüllten Wohnungsbedarf der einheimischen Bevölkerung zu decken. Für die Anschlussunterbringung scheint es daher angezeigt, eine alternative, den örtlichen Gegebenheiten angepasste Strategie zu verfolgen. So ist es sicherlich ratsam, verfügbare Wohnkapazitäten durch Kauf oder Miete nutzbar zu machen. Gerade für Familien scheint diese Form der Unterbringung vorzugswürdig zu sein.

Kann durch solche Maßnahmen der Unterbringungsbedarf jedoch nicht vollständig gedeckt werden oder sind die zu tätigen Investitionen unverhältnismäßig hoch, so ist die Schaffung eines Wohnheimes bzw. einer Gemeinschaftsunterkunft auch in der Anschlussunterbringung eine sinnvolle Option.

Mit der Anschlussunterbringung sollten möglichst nachstehende Schritte einhergehen:

Erwachsene

1. Schritt: Teilnahme an einem möglichst verbindlichen Integrations- und Sprachkurs

2. Schritt: Teilnahme an einer möglichst verbindlichen beruflichen Qualifizierung bzw. Übernahme einer Beschäftigung.
3. Schritt: Prüfung des Familiennachzugs und Berücksichtigung bei der Wohnungsbauplanung.

Kinder

1. Schritt: Integration in Schul- und Kindergartenalltag.
2. Schritt: Möglichst verbindliche Einbindung in örtliche Vereinsstrukturen.

Die Umsetzung eines solchen Integrationskonzeptes stellt nach geltender Rechtslage keine kommunale Aufgabe dar. Dennoch ist es angesichts der unabsehbaren Folgen einer nicht gelingenden Integration dieser großen Zahl an Menschen geboten, zu prüfen, inwieweit unsere Verwaltung hier schon heute einen Beitrag leisten kann, um diesen Integrationsprozess möglichst stringent und verbindlich zu gestalten.

Verhandlungen über die Erstattung der Mehrkosten für unsere Gemeinde

Ziel dieser Verhandlungen ist es, über eine Erstattung dieser auf gemeindlicher Ebene entstandener Mehrkosten zu verhandeln.

Angesichts des sich kurzfristig abzeichnenden Anstiegs der Zugangszahlen in der Anschlussunterbringung ist eine solche schnelle politische Verständigung über die Finanzierung der in der Anschlussunterbringung anfallenden Kosten auch dringend geboten.

Rechtliche Rahmenbedingungen müssen kurzfristige und pragmatische Lösungen vor Ort ermöglichen

Neben der Frage einer auskömmlichen Finanzierung dieser Integrationsaufgabe auf Gemeindeebene ist es jedoch auch dringend geboten, die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass die Verantwortlichen vor Ort die notwendigen Entscheidungen kurzfristig, pragmatisch und rechtssicher treffen können. Es ist daher zwingend angezeigt, etablierte Standards in der Flächennutzung bzw. im Bauleitverfahren, aber auch im sozialen Bereich, auf den Prüfstand zu stellen.

Wir befinden uns im Krisenmodus und bis dieser überwunden ist, brauchen wir Instrumente, die krisengeeignet sind. Denn sowohl die Aufgabe, möglichst kurzfristig baureifes Land zur Verfügung zu stellen als auch dem Druck, ankommenden Flüchtlingskinder in Kinderbetreuungseinrichtungen zu versorgen, können wir auf Grundlage des aktuell geltenden Rechtsrahmens nicht gerecht werden.

Eine Möglichkeit ist es, den Gemeinden in Ballungsräumen die Möglichkeit zu geben über die heute zugewiesenen Flächen hinaus Baugebiete zum Wohnungsbau auszuweisen. Der Flächenverbrauch ist hierbei sicher ein Problem. Wenn wir aber vor die Alternative gestellt werden, Menschen lange in Sammelunterkünften zu halten oder bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, darf die Abwägung nicht schwerfallen. Die Öffnung von Industrie- oder Gewerbegebieten für Flüchtlingsunterkünfte ist sicher die schlechtere Alternative.

Ohne eine grundlegende Veränderung der geltenden Rechtsbedingungen wird sich vor Ort eine rechtliche und tatsächliche Unmöglichkeit für die Bewältigung der täglich wachsenden Unterbringungs- und Integrationsaufgabe ergeben.

Finanzen

Wie unschwer an der beschriebenen Aufgabe der Flüchtlingsintegration erkennbar, wird der Strauß an kommunalen Aufgaben immer größer und bunter. Viele neue Aufgaben müssen erledigt werden, ohne dass damit eine kostendeckende Finanzausstattung einherginge. Ich erwähne nur die Breitbanderschließung. Hinzu kommen neue Themenfelder, die auf unsere Ebene schlicht zuwachsen.

Die geplante Stärkung der Rolle der Kommune in der Pflege ist nur ein Beispiel.

Zu alledem kommt die Erkenntnis, dass der Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene ebenfalls auf Rekordniveau angekommen ist. Unser Vermögenshaushalt in Rekordhöhe seit 2008 spricht eine deutliche Sprache. Seit Jahren entwickeln sich die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen und Investitionen in einem dramatischen Missverhältnis weiter auseinander.

Mancher Gehweg und manche Straße sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand. Und was haben wir nicht alles schon saniert. Wir brauchen uns nicht verstecken.

Folglich lässt sich ohne Übertreibung feststellen: Ohne zusätzliche Finanzmittel sind auch wir nicht in der Lage, unsere stetig zunehmenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, die Investitionskraft der Kommunen weiter zu stärken und die zugesagten finanziellen Entlastungen umzusetzen. Dabei muss sichergestellt werden, dass das Geld tatsächlich bei den Kommunen ankommt. „Ohne diese Entlastungen wird der Investitionsstau weiter anwachsen und die Funktionssicherheit vieler Einrichtungen gefährdet“.

Auch weisen wir nochmals darauf hin, dass der Ankauf von Grund durch die Gemeinde beim Edinger Kindergarten in Anbetracht des vorhandenen Baugrundes bei der jetzigen finanziellen Situation eine unnötige Hypothek auf die Zukunft darstellt.

Zukunftsthemen

Wir wollen hier auch einen Blick zurück werfen: Was die einen heute haben und die anderen brauchen, kann morgen umgekehrt sein.

Die Zeiten des Gebens und Nehmens nutzbringend zu organisieren, das sind die Grundgedanken von **Senioren-genossenschaften**. In diesen finden Menschen zusammen, die sich gegenseitig helfen wollen, die sich gegenseitig helfen können.

Wir erinnern heute daran, dass die SPD-Fraktion diese Organisationsform einer kommunalen Nachbarschaftshilfe für haushaltsnahe Tätigkeiten im Frühjahr 2014 zum Thema im Seniorenbeirat gemacht hat und warten ungeduldig, wie und wann es weitergehen wird.

Eine weitere Tatsache ist, dass bei ehemals 14.095 Einwohnern von Edingen-Neckarhausen zum Stichtag 31.12.2013 10,81%, nämlich 1524 Mitbürgerinnen und Mitbürger Ausländer sind bzw. einen **Migrationshintergrund** haben. Mittlerweile sind es mehr. So hat die SPD-Fraktion im Oktober 2014 die Bildung eines **Migrationsausschusses** beantragt und dazu gleich einen Satzungsentwurf zur Diskussion beigelegt. Wir verstehen darunter ein nächsten Schritt zum besseren Miteinander als ein reines Nebeneinander. Nur müssen wir diesen Schritt auch endlich tun und wollen auch hier nicht mehr länger warten, bis es auch hier weitergehen wird.

Ein Wort zum **Hilfeleistungszentrum**. Im Herbst 2008 das erste Mal erwähnt, war uns allen bewusst, dass es bis zur Umsetzung einen Zeitrahmen von 10 bis 15 Jahren geben wird. Es sind nun knapp sieben Jahre vergangen und es ist demzufolge schon einiges passiert. Fakt ist, wir müssen weitere Gespräche wegen des Grunderwerbs dort führen. Nur dann können wir in einem überschaubaren Rahmen mit dem Baubeginn rechnen.

Über die Vereinsanlagen von Neckarhausen wird ebenfalls schon lange gesprochen. Wir haben ein städtebauliches Gutachten. Wir haben einen Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan "**Wohnen und Freizeit in Neckarhausen**" gefasst.

Zwischenzeitlich sah man keinen Fortschritt aufgrund der zeitintensiven Altlastenuntersuchung. Die ist jetzt abgeschlossen. Deshalb wollen und müssen wir in diesem Jahr endlich Fortschritte machen. Es ist uns bewusst, dass trotz der niedrigen Zinsen eine ausschließliche Fremdfinanzierung nicht geht. Wir müssen Einnahmen generieren. Das geht aber nur, wenn wir Grundstückserlöse aus eben diesem Gebiet flüssig machen. Und wir sollten dabei die schon anderswo praktizierte Umsetzung einer Mehrgenerationenbaugenossenschaft prüfen.

In den Vorjahren haben wir bei der mittelfristigen Finanzplanung die Hochbauplanung im **Sport- und Freizeitzentrum** angesprochen. Es ist aus unserer Sicht absolut notwendig, bei der Zusammenlegung des kommunalen Fußballsports ins Sport- und Freizeitzentrum den künftigen Nutzern eine Bleibe zu bieten. Aber es geht nicht alles auf einmal. Dies können wir nur im Kontext mit Neckarhausen-Nord sehen.

Und wir wünschen ein glückliches Verhandlungsgeschick mit den an der RNV Linie 5 beheimateten Städten und Gemeinden.

Die SPD-Fraktion hat dazu Ausarbeitungen auf der Basis Anzahl Haltestellen, Anzahl Nutzzugkilometer und Bevölkerungsanteile vorgelegt.

Uns ist auch klar: **ÖPNV** ist nicht zum Nulltarif zu bekommen, aber eine Reduzierung muss kommen.

Ein wichtiges Anliegen stellt für die SPD-Fraktion die weitere Entwicklung rund um die Immobilien der **Evang. Kirchengemeinde Edingen** samt deren Kindergärten dar. Wir haben entsprechende Einrichtungen besichtigt und Planungen zur Gebäudekonzeption gesehen und gehört. Stand heute haben wir nicht viel von den künftigen Vertragspartnern in schriftlicher Form vorliegen. Ein einseitig ausgefertigter Aktenvermerk ist kein Vertrag. Die SPD-Fraktion macht keinen Hehl daraus, dass sie mit dem bisherigen Prozedere nicht konform geht. Das hätte man anders haben können. Zeitlich schneller und finanziell günstiger. Jetzt fahren wir eben diese Variante. Wir sind sehr gespannt auf die weiteren Schritte und Gespräche und vor allem auf das, was dabei rauskommen wird. Finanziell machen wir uns nichts vor: „Wir glauben nicht, dass wir nur mit einem blauen Augen da heraus kommen“

Trotzdem: Wilhelm Busch soll einmal gesagt haben: „Ich bin Pessimist für die Gegenwart, aber Optimist für die Zukunft.“
Machen wir es genauso und gehen wir es optimistisch an.

Natürlich haben wir eine Agenda mit Großprojekten: Kleinkindbetreuung und Kindergärten, Freizeitbad, Verlagerung der Sportstätten, HLZ, Ausbau des Neckarwegs, Aufnahme von aus ihren Heimatländern Flüchtenden oder Vertriebenen, Tempo 30 auf den Hauptstraßen, Breitbandversorgung, Ausbau und Förderung Klimaschutz.

Und die vorab genannten Projekte sprechen für sich. Das war eine willkürliche Reihenfolge. Wir können nicht alles auf einmal stemmen. Wir müssen uns strecken und Prioritäten setzen.

Da gehört Mut dazu, auch einmal Nein zu sagen, gemeinsam einen Fahrplan sprich Bauzeitenplan aufstellen und uns daran halten. Wie heißt es schon bei Salomon, Kapitel 24, Vers 3: "Durch Weisheit wird ein Haus gebaut und durch Verstand erhalten".

Wir gehen deshalb mit einer Portion (Zweck-) Optimismus in die vorgeschlagene Klausursitzung. Weil wir wollen, dass sich was bewegt.

Und deshalb zum Schluss noch ein Vorschlag für eben diese Sitzung. Wenn wir schon am Personaltableau drehen und uns neu aufstellen, nehmen wir den Vorschlag aus der VA-Sitzung auf und wollen die Installierung eines/einer Umweltbeauftragten thematisieren.

Andere Städte und Gemeinden „leisten“ sich eine ganze Stelle, andere (ich erwähne hier den Gemeindeverwaltungsverband Rauenberg mit Mühlhausen und Malsch) dritteln sich eine solche im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Wir sollten darüber nachdenken.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsplan für 2016 zu, ebenso dem Wirtschaftsplan Wasserversorgung.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Thomas Zachler', with a stylized flourish at the end.

Thomas Zachler, SPD-Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort).